



---

## Positionspapier

---

# Für eine nachhaltige Integrationspolitik

Herausgeber: Junge Union Bayern - Landessekretariat

Franz Josef Strauß-Haus, Nymphenburger Straße 64, 80335 München

Telefon 0 89/12 43-2 42, -2 44, Telefax 0 89/1 29 85 31

[ju@ju-bayern.de](mailto:ju@ju-bayern.de)

1 Im November 2010 vermeldete das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung,  
2 dass fast jeder fünfte Bayer einen Migrationshintergrund aufweisen kann. 19,3 % der Bayern sind  
3 entweder selbst eingewandert oder besitzen mindestens ein Elternteil mit ausländischen  
4 Wurzeln. Deutschlandweit beträgt die Quote 18,9 %. Bis zum Jahr 2020 wird die Quote in Bayern  
5 auf rund 23 % ansteigen. Bei den 6- bis 18-jährigen wird sich der Anteil der Menschen mit  
6 Migrationshintergrund von 25 % auf 33% erhöhen.

7  
8 Der im Oktober 2010 durch Staatsministerin Haderthauer vorgestellte Migrationsbericht hat  
9 deutlich gezeigt, dass die große Mehrheit der in Bayern lebenden Migrantinnen und Migranten  
10 gut in unsere Gesellschaft integriert ist. Fast 70 % der Menschen mit Migrationshintergrund in  
11 Bayern gehen einer geregelten Arbeit nach.

12  
13 Die Junge Union Bayern unterstützt den Grundsatz: „Wer bei uns leben will, muss mit uns leben  
14 wollen.“ Allerdings gilt dies auch für die einheimische Bevölkerung, in dem sie den Migrantinnen  
15 und Migranten offen gegenüber steht. Beide Seiten haben Bring- und Holschulden, denn eine  
16 gelingende Integration braucht die wechselseitige Bereitschaft für Anstrengungen. Ein  
17 multikulturelles Nebeneinander lehnt die Junge Union Bayern ab.

18  
19 Aber gerade auch im Interesse der bei uns gut integrierten Mitbürger mit ausländischen Wurzeln  
20 muss man auch die Probleme eines Teils von Migrantinnen und Migranten bei der Integration  
21 offen ansprechen und Lösungen erarbeiten. Eine ehrliche Debatte über Integration darf nicht  
22 wieder mit der Moralkeule abgewürgt werden. Wir stehen zu unseren Grundwerten von  
23 Menschenwürde, Demokratie, Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie Meinungs- und  
24 Religionsfreiheit. Die Einbürgerung ist nicht der Anfang der Integration, sondern das Ergebnis.  
25 Entsprechend soll ein Wahlrecht auch erst mit der Staatsbürgerschaft verliehen werden.

26  
27 In Deutschland brauchen wir eine stärker ausgeprägte Willkommenskultur für  
28 einwanderungswillige Migrantinnen und Migranten. Andernfalls werden uns andere Staaten im  
29 Ringen um den Zuzug von ausländischen Fach- und Spitzenkräften den Rang ablaufen.  
30 Gleichzeitig wir die Unternehmen, die Mitarbeiter aus dem Ausland anwerben auf, ihrer  
31 Integrationsverantwortung nachzukommen. Sie sollen auch die mitgezogenen Familienmitglieder  
32 unterstützen, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren.

33  
34 Der wichtigste Schlüssel für eine gelungene Integration ist das Beherrschen der Deutschen  
35 Sprache. Eine gezielte Sprachförderung ist daher in allen Altersklassen von großer Bedeutung.

36 Besonders für die Einschulung muss gelten: Keine Einschulung ohne ausreichende  
37 Deutschkenntnisse. Allerdings dürfen Kinder mit Migrationshintergrund und noch einigen  
38 vorhandenen Schwächen in der deutschen Sprache nicht diskriminiert werden, indem man sie  
39 generell vom Schulunterricht ihrer Altersgenossen ausschließt. Kinder lernen meist sehr schnell  
40 und eine Teilhabe am Schulunterricht kann in speziellen Fällen sogar integrationsfördernd sein.  
41 Daher sind die Deutschfördermaßnahmen an Kindergärten, Grund- und Hauptschulen  
42 bedarfsgerecht auszuweiten. Die Schulen brauchen den pädagogischen Freiraum selbst zu  
43 entscheiden, ob sie trotz mangelhafter Deutschkenntnisse dennoch einschulen.

44

45 Zunächst muss der Staat entsprechende Maßnahmen ergreifen um erfolgreiche Integration erst  
46 möglich zu machen:

47

#### 48 **Die Junge Union Bayern fordert:**

49

- 50 • Der Staat muss künftig Deutschkurse flächendeckend sowie in ausreichender Anzahl so  
51 anbieten, dass auch jede/r Migrant/in, der diese Kurse besuchen will, dies unmittelbar in  
52 Anspruch nehmen kann und keine langen Wartezeiten existieren. Der Bund soll hierfür  
53 mehr Geld zur Verfügung stellen;
- 54 • Der Staat muss eine Integrationspolitik des Förderns und Forderns betreiben. Das heißt  
55 einerseits Angebote zur Integration zu unterbreiten und andererseits auch, Integration  
56 einzufordern. Deutsch- und Integrationskurse sollen gerade auch von jenen Menschen  
57 besucht werden, die schön länger in Deutschland leben aber immer noch  
58 Integrationsprobleme haben. Eine Nichtteilnahme an Integrations- und Sprachkursen  
59 muss deutliche Sanktionen nach sich ziehen;
- 60 • Der Staat muss künftig verstärkt darauf achten, Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit  
61 Migrationshintergrund den Eintritt in den Staatsdienst näher zu bringen, damit diese als  
62 Vorbilder in der Gesellschaft agieren können (z. B. gezielte Kampagnen für mehr Lehrer  
63 und Polizisten mit Migrationshintergrund);
- 64 • Im Familien- und Erbrecht soll so weit als möglich nach deutschem Recht, nicht nach dem  
65 des Herkunftslandes der Betreffenden verfahren werden;
- 66 • Der Staat muss die Anerkennung im Ausland erworbener Berufs- und Studienabschlüsse  
67 erleichtern und vereinfachen, damit hier lebende Migrantinnen und Migranten ihre  
68 fachspezifischen Kenntnisse einbringen können. Andernfalls verschenken wir wertvolle  
69 Ressourcen;

- 70 • Der Staat ist dafür verantwortlich den interkulturellen und interreligiösen Dialog im  
71 schulischen Curriculum zu intensivieren, um Unverständnis und Missverständnisse  
72 abzubauen;
- 73 • Der Staat muss in Deutschland ausgebildete Imame fördern sowie mit Teilzeitverträgen für  
74 den staatlichen Schuldienst ausstatten, damit jungen Migrantinnen und Migranten ein  
75 moderner Islam nach den deutschen Grundwerten des Grundgesetzes und der freiheitlich-  
76 demokratischen Grundordnung näher gebracht wird;
- 77 • Interkulturelle Integrationsprojekte sind stärker finanziell zu unterstützen. In diesem  
78 Zusammenhang muss ein bayernweites Netzwerk geschaffen werden, gelungene und  
79 nachahmenswerte Integrationsprojekte publik zu machen;
- 80 • Auf kommunaler Ebene sollten Integrationsbeauftragte als Ansprechpartner und  
81 Koordinatoren agieren. Idealerweise entstammen diese aus der Mitte des jeweiligen  
82 politischen Gremiums heraus und punkten daher durch politische Legitimation;

83

84

85 Ein wichtiger Schlüssel zur gelungenen Integration ist ferner die spezifische  
86 Schulbildung/Berufsausbildung. 13,3 % der Migrantenkinder verlassen nach dem  
87 Integrationsbericht der Bundesregierung (2010) die Schule ohne Schulabschluss. In einigen  
88 weiteren Studien wird dieser Wert sogar bei 20 % gesehen. Eine Mehrheit der Migrantenkinder  
89 verlässt die Schule mit einem Hauptschulabschluss (43%). Bei den deutschen Altersgenossen sind  
90 es 31 %. Lediglich 8,9 % der Migrantenkinder erwerben die Fachhochschulreife oder das Abitur.  
91 Diese Quoten sind besorgniserregend.

92 Der Anteil der jungen Migranten ohne Berufsausbildung liegt mittlerweile bei 40 Prozent. Auch als  
93 Folge dieser massiven Bildungsdefizite ist die Arbeitslosenquote der Menschen mit  
94 Migrationshintergrund im Freistaat mit 10,2 % laut Arbeitsagentur etwa doppelt so hoch wie die  
95 der Deutschen. Im bundesweiten Vergleich steht Bayern hier aber noch gut da: So sind in Berlin  
96 29 % aller Migranten ohne Job.

97

- 98 • Die Sprachförderung bei jungen Migrantinnen und Migranten beginnt bereits im  
99 Kindergarten. Hier wird die Basis für die Zukunft gelegt und hier muss der Staat seine  
100 Anstrengungen anlegen. Jedes Kind mit Migrationshintergrund sollte wenn möglich alle  
101 Kindergartenjahre besuchen und dank gezielter Förderung sprachlich Grundschulniveau  
102 besitzen.

- 103 • An allen Schularten muss es in Eigenverantwortung möglich sein, Klassenbildungen so zu  
104 gestalten, dass ein aus pädagogischen Gesichtspunkten nachhaltiger Unterricht für  
105 Migrantinnen und Migranten möglich ist.
- 106 • Diesbezüglich muss es die Regel werden, anspruchsvolle Klassen mit zwei Lehrkräften im  
107 Team unterrichten zu lassen, um individueller auf die Schülerinnen und Schüler eingehen  
108 zu können.
- 109 • Ferner muss das Angebot an Schulsozialarbeit ausgebaut und strukturell verbessert  
110 werden.
- 111 • Ein muslimischer Religionsunterricht ist wünschenswert und könnte zum Beispiel durch in  
112 Deutschland ausgebildete Imame abgehalten werden.
- 113 • Migrantinnen und Migranten ohne Berufsausbildung muss wie einheimischen  
114 Schulabgängern gezielt und nachhaltig geholfen werden. Betriebliche Bildungsträger sind  
115 weiterhin zu unterstützen sowie schulische, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen  
116 auszuweiten (z. B. Modellversuch „iBvB“), statt enorme Ressourcen in Klassen für  
117 Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis zu binden.
- 118 • Die Kooperation zwischen Hauptschule und Berufsschule ist auszuweiten (z. B.  
119 Modellversuch „iBvB“).
- 120 • Berufsbilder mit einer nur zweijährigen Ausbildung und der Möglichkeit des weiteren  
121 Erwerbs darauf aufbauender Qualifizierungsbausteine (z. B. VerkäuferIn →  
122 Einzelhandelskauffrau/-mann) müssen stärker in den Ausbildungsordnungen  
123 aufgenommen werden, um Schülerinnen und Schülern mit großen Praxisfähigkeiten den  
124 Berufseinstieg zu ermöglichen.

125

126 *Beschlossen durch den Landesausschuss der Jungen Union Bayern am 28. November 2010 in Rimbach.*